

Da das Anliegen im "öffentlichen Interesse" steht, wurde die Form des "**Offenen Briefes**" gewählt.

Bezirksbürgermeister
Dr. Christian Hanke

Rathaus Tiergarten
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin

Albert Reinhardt
Zempiner Steig 10
13503 Berlin
albert-reinhardt@psi-21.de
030/ 436 29 74

Per E-Mail:
christian.hanke@ba-mitte.verwalt-berlin.de

06/12/2007

Gründung der "Gattel-Stiftung" als Bürgerstiftung für Berlin Mitte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 26.11.2007 nach einer Bildungs-Veranstaltung im Lichtburgforum erfuhr ich von Ihnen, dass Sie das Ziel verfolgen, eine Bürgerstiftung für Berlin Mitte ins Leben zu rufen und dafür bereits finanzielle Mittel aus einem Nachlass zur Verfügung stehen.

Seit 1987 bemühte ich mich zunächst allein und ab 1988 gemeinsam mit Anni Wolff, der Tochter von Ella und Richard Gattel, die Gattel-Stiftung ins Leben zu rufen. Ohne dass der Begriff "Bürgerstiftung" damals schon existiert hätte, - die erste in Deutschland wurde 1998 in Hannover gegründet - war die Prämisse der "Anerkennung des anderen" von Anfang an auf vielfältigste Weise maßgebend.

Aleida Assmann beschreibt diesen Zusammenhang in ihrem Buch,

Der lange Schatten der Vergangenheit,

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, wie folgt:

"Unter <Schatten> dürfen wir allerdings nicht Zukunftslosigkeit, verdüsternde Melancholie oder gar Selbsthass verstehen. Eine <negative Erinnerung> ist keineswegs mit einem <negativen Selbstbild> gleichzusetzen. Die negative Erinnerung ist in das Fundament des deutschen Staats eingebrannt.

Dieses Stigma ist jedoch in positive und zukunftsweisende Werte konvertierbar: in die Affirmation von Menschenrechten, die in die Präambel des Grundgesetzes eingegangen ist.

Die in brutalster Form vollzogene Aufkündigung menschlicher Solidarität ist in den positiven Wert der **Anerkennung des anderen** zu übersetzen.

Es sind diese Grundwerte (und nicht allein die von Fleiß, Tüchtigkeit und Effizienz), mit denen sich unser Land wieder in die Gemeinschaft der zivilen Nationen eingereicht hat und an denen es in der Zukunft gemessen wird."

Auf die schriftliche Bitte um Unterstützung zur Einrichtung einer Stiftung auf den Namen ihrer Vorfahren, erhielt Anni Wolff seit 1988 von keinem Ihrer Vorgänger im Amt des Bürgermeisters eine konkrete Antwort.

Anni Wolff zog, am Ende ihres Berlin-Besuchs im August/ September 2006, anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Prinzenallee 58, ihrem Sohn gegenüber das resignierte Resümee:

" - . Die wollen es eben nicht! - "

Im Dezember 2006 erlitt sie einen Schlaganfall und nach zwischenzeitiger Besserung ist Sie inzwischen leider wieder pflegebedürftig und musste aus finanzieller Not ihr Apartment im "Elternheim" aufgeben. Ihr inzwischen über 70-jähriger Sohn Esra Wolff, nach einem Verkehrsunfall selbst unter chronischen Schmerzen leidend, arbeitet hart unter Überschreitung seiner eigenen Grenzen, um seiner Mutter den Pflegeaufenthalt weiterhin in Würde möglich zu machen.

Im Zeitraum von 1932-33, also genau vor 75 Jahren gerieten das Anwesen und die Fabrik der Gattels unter Zwangsverwaltung. Die genauen Umstände wurden bis heute nicht aufgeklärt.

Hinweise ließen sich möglicherweise im Archiv der Dresdner Bank finden, eine solche Form der "Selbstanzeige" würde diese jedoch sicherlich große Überwindung kosten.

Doch selbst wenn, nach so langer Zeit, noch kriminelle Handlungen nachzuweisen wären, so wäre diese schon einfach deshalb nicht mehr justikabel, weil sicherlich keiner der Täter noch am Leben wäre.

Was also bliebe noch zu tun? Gemessen an der Dimension des Holocaust, wäre die Rehabilitation der Gattels, als „Bürger“, sicherlich nur "ein kleiner Schritt", doch wäre es ein großer Schritt für die Menschlichkeit, da so symbolisch die *vollzogene Aufkündigung menschlicher Solidarität in den positiven Wert der Anerkennung des anderen übersetzt werden könnte.*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, zu Ehren ihres **95-zigsten Geburtstages**, den sie am **4. Januar 2008** begehen wird, bitte ich Sie darum, Anni Wolff auf ihr, vor fast 20 Jahren, an den „Weddinger Bürgermeister“ gerichtetes Anliegen zu antworten und ihr ggf. Ihre Absichtserklärung, zur **Gründung der "Gattel-Stiftung"**, mitzuteilen.

Auch wenn die Errichtung der „Gattel-Stiftung“ nicht möglich sein sollte, so hätte Frau Wolff doch wenigstens den Anspruch darauf eine Antwort darauf zu erhalten, weshalb dies nicht der Fall ist!

Es gibt noch weitere Gründe, weshalb ich mich darüber freue, dass Sie sich in Sachen „Bürgerstiftung“ als **Bürgermeister** den „**Hut aufgesetzt**“ haben, sozusagen als „**Interims-Bürger**“!

Allerdings sollten die politischen Mandatsträger, Parteimitglieder oder Verbandsvertreter nach einer Aufbau- und Stabilisierungsphase von 2-3 Jahren das Feld für den „zweckfreien Bürger“ so weit bereitet haben, dass sie es anschließend - „ruhigen Gewissens“ - selbst wieder räumen können.

Leider scheint es eine Tendenz zu geben, dass „Funktionäre“ ihre eigenen institutionellen Interessen, häufig mit denen der „Zivilgesellschaft“ verwechseln!

(Dies sei auch vor dem Hintergrund erwähnt, dass es der SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm „gelungen“ ist, insbesondere die AWO als besonders „förderungswürdig“ herauszustellen!!!)

Thomas Olk sieht zwar das „**Bürgerengagement im Aufwind**“:

„Dennoch fehlt noch viel, bevor von einem Durchbruch gesprochen werden könnte. Fortschritt wäre möglich, wenn die Vereine, Bürgerstiftungen, Wohlfahrtsverbände etc. ihr Denken in abgegrenzten Einflussfeldern überwinden und ihre Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen würden. Auf der anderen Seite bedarf es der Bereitschaft der Politiker, freiwilliges Engagement der Bürger nachhaltig zu fördern. „Ein bisschen Bürgergesellschaft“, also Bürgerbeteiligung und Mitwirkung als schmückendes Beiwerk, wird nicht reichen. Dies würde Phänomene wie Politikverdrossenheit und Rückzug nur fördern. Die Zukunft wird zeigen, ob die politische Elite in diesem Lande bereit sein wird, diesen unbequemen Weg zu gehen, der allerdings erst langfristig Früchte tragen wird.“

Ausgabe vom Dez. 2007 | IM GESPRÄCH 4/07

Am Freitag, den **19. März 2004** lud die **Gattel-Stiftung** i.G. gemeinsam mit dem **Förderverein Lokale Agenda 21 Berlin-Mitte** zu einem Podiumsgespräch ein. Die Veranstaltung mit dem Titel,

"Neue Bürgerstiftungen für Berlin", wurde von **Ingrid Stahmer** moderiert.

mehr unter: http://www.gattel-stiftung.de/de/04_aktu/04_aktu_03_mrz.html#pos19

Auf dem Podium standen folgende Themen zur Diskussion:

- Sind Bürgerstiftungen ein taugliches Mittel zur Entwicklung der Zivilgesellschaft?
- Wie "elitär" oder "demokratisch" orientiert sollten Bürgerstiftungen sein?
- Können mit Hilfe von Bürgerstiftungen Förderstrukturen stärker auf die Bedürfnisse vor Ort orientiert werden, anstatt auf bürokratische Fördertopfrichtlinien?
- Können und wollen die "alt eingesessenen" Projekte in den Stadtteilen und Kiezen ein Fundament für den Aufbau einer Bürgerstiftung bilden?
- Wie können vorhandene Parallelstrukturen zukünftig noch besser auf einander abgestimmt werden? Z.B.
 - Agenda21-Prozess
 - Kiezprojekte und - vereine
 - Nachbarschaftseinrichtungen
 - Quartiersmanagement

Nicht ein einziger Vertreter der hier aufgelisteten Trägerformen hielt es für nötig, zur der Veranstaltung zu erscheinen. Hier scheint noch die „gute“ alte Regel zu gelten:

**“Wer die Macht hat,
[und oder das (Zuwendungs-) Geld]
braucht nicht zu lernen!”**

Wollte man zynisch sein, müsste man fragen: „Wem außer den „Sozialen Trägern“ nützt es eigentlich, wenn 2007 der „Soldiner Kiez“ den letzten Platz im Vergleich unter den Berliner Sozialräumen einnimmt???
Die Krux dabei ist, dass die sozialarbeiterisch handelnden Institutionen den „Bürger“ durch ihre Brille nur noch als „Klienten“ zu betrachten scheinen, der „fördertopf-relevant“ ist oder nicht. Auf Dauer können so keine staken und lebendigen Lebenswelten entstehen oder bestehen bleiben.
Das bereits so gut wie „geteilte“ Projekt PA58/VNP konnte aus Mangel an „richtigen Müttern“ wohl nicht mehr durch ein salomonisches Urteil gerettet werden. Eine vage Chance bestünde noch, wenn sich die Projekte unter dem Dach der „Gattel-Stiftung“ vereinen würden, um so einerseits dem Anliegen des Kostenträgers zu entsprechen und dabei andererseits die jeweilige formale Eigenständigkeit und Identität innerhalb ihres geschichtlich gewachsenen Umfeldes bewahren zu können.

Mit freundlichen Grüßen
Albert Reinhardt